



# Einsatzleitung jenseits des Tellerrands

**Die polizeiliche Arbeit effizient und effektiv gestalten und dabei die Gesundheit und die Interessen der Beschäftigten mit zu berücksichtigen. Das hat die GdP Rheinland-Pfalz mit ihren Fachausschüssen Schutz- und Kriminalpolizei sowie Arbeitsschutz/Gesundheit längst als Aufgabe angenommen. Mit Informationsreisen zum Polizeipräsidium Würzburg, zur Kantonspolizei Aargau in der Schweiz und zur Kreispolizeibehörde Wesel sowie im letztjährigen „Workshop S&K“ wurde sehr stark das Thema Einsatzmanagement in den Focus genommen.**

Die Bemühungen um aktuelle Erkenntnisse zu den in RP vor uns liegenden Entwicklungen führten eine GdP-Abordnung am 26. März nach Saarbrücken und Luxemburg, um sich über die Möglichkeiten der Einsatzsteuerung im Alltag in modernen Führungs- und Einsatzzentralen zu informieren.

Zunächst wurde die Delegation in der Führungs- und Einsatzzentrale in Saarbrücken empfangen. Die Leiterin, Frau **Natalie Grandjean**, gab einen allgemeinen Einblick über die Organisationsstrukturen der Polizei im Saarland, wobei sie betonte, dass die Dienststelle seit dem Neubau 2006 die zentrale Einsatzsteuerung für das gesamte Saarland übernommen hat. An elf Leitplätzen in der modern eingerichteten Einsatzzentrale werden die Notrufe entgegengenommen, die Einsätze erfasst und dann an die zustän-



Im Nebenraum der neuen Leitstelle des Saarlandes. V. r.: Hugo Müller (Vize-PP des Saarlandes), Markus Scheid, Bernhard Schweitzer, Roland Grenner (verdeckt), Heinz Werner Gabler, Markus Behringer, Ernst Scharbach, Kollege der Leitstelle  
Fotos: Werner Hilmer

digen Dienststellen weiterdelegiert. Besonders zu erwähnen ist dabei die Möglichkeit der GPS-Ortung des Funkwagens auf einer GIS-Karte, gekoppelt mit dem Statusgeber im Fahrzeug. So wird beim Betätigen des Statusgebers (Status 1, 2, 3 und 4) der aktuelle Standort des Fahrzeuges auf der Karte angezeigt.

## GPS-Ortung akzeptiert

Diese Möglichkeit findet sowohl bei den Einsatzkräften vor Ort als auch bei der Führung große Akzeptanz, nicht zuletzt aus Eigensicherungsgründen. Überwacht oder beobachtet fühlt sich dort niemand. Die Mitarbeiter in der Führungszentrale sind mit der hochwertigen technischen Ausstattung und der zentralen Organisationsstruktur sehr zufrieden und verrichten ihren Dienst nach einem Vollflex-Dienstplan.

Im Anschluss wurde der Einsatzzentrale und dem Lagezentrum in Luxemburg-Findel ein Besuch abgestattet. Hier wurde die Delegation vom Kollegen **Rainer Barzen** (Gemeinsames Zentrum) herzlich empfangen. Auch in Luxemburg ist die Annahme von Notrufen und die Ersterfassung von

Einsatzanlässen zentral organisiert. An drei Leitplätzen werden ausschließlich die Notrufe (113) entgegengenommen und nach Prüfung an die Hauptleitplätze weitergegeben, wobei hier im Anschluss ebenfalls die zuständige Dienststelle (Bezirk) verständigt wird. Es erfolgt die ständige Ortung der Funkwagen über GPS-Signal und graphische Darstellung auf einer Karte und auch hier ist die Akzeptanz der Einsatzkräfte sehr hoch. Niemand fühlt sich beobachtet oder kontrolliert. Man betrachtet dieses technische Instrument vielmehr als zusätzliche Eigensicherungsergänzung. Mit der Besichtigung des BAO-Raumes, der mit den modernsten Kommunikations- und Darstellungstechniken ausgerüstet ist, und nach der beeindruckenden Demonstration eines sog. Smart-Board endete dieser hochinteressante Tag mit vielen Anregungen und Möglichkeiten moderner Einsatzsteuerung in Führungs- und Einsatzzentralen. Keineswegs ist bei den Teilnehmern der Eindruck entstanden, dass die zuständigen Dienststellen vor Ort bei der zentralen Notrufannahme und Einsatzsteuerung vom Geschehen abgekoppelt oder gar „entmachtet“ werden.

Die eigenverantwortliche Abarbeitung von Einsätzen und Lagen obliegt weiterhin dem Dienstgruppenleiter vor Ort. Er erhält aber die größtmögliche Unterstützung seitens der ausgezeichnet ausgerüsteten Einsatzleitstelle, nicht zuletzt durch die Möglichkeit der GPS-Ortung seiner Einsatzkräfte.

**Markus Scheid**



Die zentrale Leitstelle in Luxemburg.



# „Beschwerdestelle Polizei“ übernehmen?

**Zitat: „Mehr Transparenz stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Polizei. Polizistinnen und Polizisten tragen Namensschilder oder gegebenenfalls individuelle Nummern. Über die Ausgestaltung der Kennzeichnung soll eine Dienstvereinbarung abgeschlossen werden. Wir werden im Innenministerium außerhalb der Organisation der Polizei eine unabhängige Beschwerdestelle der Polizei einrichten, über deren Arbeit regelmäßig im Innenausschuss berichtet wird“.**



Dieter Burgard (Bildmitte) im Gespräch mit Steffi Loth und Bernd Becker.

**Burgard:** Ich finde, gerade dieses Ansehen sollte Ihnen das Selbstbewusstsein geben, mit Ihrem Namen für Ihre Arbeit einzustehen.

Bürgernahe und korrekte, auch konsequente Polizeiarbeit kann mit einem Namen verbunden sein, damit sie auch einer Überprüfung im Rechtsstaat zugänglich gemacht werden kann. Das beste Beispiel sind doch die Bezirksbeamten, bei denen es ja Bestandteil des Konzeptes ist, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern namentlich bekannt sind.

**DP:** Gilt das auch, wenn gegenobser-vierende Störer und Rechtsbrecher darauf aus sind, Polizistinnen und Polizisten

## VORGESTELLT:

**DIETER BURGARD**  
Der Bürgerbeauftragte  
des Landes Rheinland-Pfalz  
Kaiserstraße 32, 55116 Mainz  
[www.derbuergerbeauftragte.rlp.de](http://www.derbuergerbeauftragte.rlp.de)

Es gibt den Bürgerbeauftragten des Landes seit 1974. Er arbeitet eng mit den Petitionsausschüssen des Land- und Bundestages sowie dem EU-Bürgerbeauftragten zusammen.

Dieter Burgard hat 17 Mitarbeiter in fünf Referaten, von denen eines sich mit den Bereichen Justiz/Ausländerrecht/Polizei befasst. An 32 Sprechtagen und nach Vereinbarung führt der Bürgerbeauftragte jährlich rund 400 Gespräche mit Petenten.

**Sein Credo: ICH BIN FÜR SIE DA!** Schreiben Sie mir oder besuchen Sie mich bei einem meiner Sprechtage.

Dieter Burgard ist seit zwei Jahren im Amt und war zuvor Landtagsabgeordneter für seinen Heimatkreis Bernkastel/Wittlich. Neben einer Banklehre hat er eine Ausbildung zum Erzieher absolviert und blickt auf eine reiche Erfahrung in der Behindertenarbeit zurück.

Als Einwohner von Wittlich-Wengerohr gibt es eine gewachsene Nähe zur dortigen Bereitschaftspolizei; als Abgeordneter hat er Wert darauf gelegt, sich Einblicke in den Polizeidienst zu verschaffen, beispielsweise durch die Teilnahme an Nachtdiensten bei der Polizeiinspektion Wittlich.

So steht es im rot-grünen Koalitionsvertrag von 2011 zu lesen. In der Polizei und in der GdP läuft eine rege Diskussion über die Kennzeichnungspflicht. Zur Einrichtung einer Beschwerdestelle gibt es noch keine genaueren veröffentlichten Vorstellungen. Steffi Loth und Bernd Becker vom Redaktionsteam des Landesteils der DEUTSCHEN POLIZEI haben zu diesem Themenkreis das Gespräch mit dem rheinland-pfälzischen Bürgerbeauftragten Dieter Burgard gesucht. Hier das entstandene Interview:

**DP:** Herr Burgard, sind Sie überrascht, dass die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit Ihnen sprechen will?

**Burgard:** Aus meiner Zeit als MdL ist mir die GdP als aktive und kritische Gewerkschaft in Erinnerung. Ich freue mich, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und bin gespannt auf Ihre Fragen.

**DP:** Herr Burgard, Polizistinnen und Polizisten genießen nach allen Umfragen in der Bevölkerung ein hohes Ansehen. Was halten Sie davon, dass Polizistinnen und Polizisten ein Namensschild oder Nummern tragen sollen?



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

**Geschäftsstelle:**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: [www.gdp-rlp.de](http://www.gdp-rlp.de)  
E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)  
Gewerkschaft der Polizei  
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
E-Mail: [bernd.becker@gdp-rlp.de](mailto:bernd.becker@gdp-rlp.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33  
vom 1. Januar 2011

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96 0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470





## GdP-INTERVIEW MIT DEM BÜRGERBEAUFTRAGTEN DIETER BURGARD

sowie ihre Familien mit Drohungen, Verunglimpfungen oder gar Angriffen zu überziehen?

**Burgard:** Ich denke, dass das von den Einsatzanlässen abhängig gemacht werden muss. Wenn ich es richtig höre, ist ja zum Beispiel die Vergabe rotierender Nummern im Gespräch, um direkte Rückschlüsse zu verhindern. Das soll ja in einer Dienstvereinbarung geregelt werden; ich vertraue darauf, dass Sie mit dem Innenministerium gute Lösungen finden.

**DP:** Sie sind die zentrale Instanz für Bürgerinnen und Bürger, die Beschwerden gegen staatliches Handeln vorbringen wollen. Haben Sie viel Arbeit mit Beschwerden über die Polizei?

**Burgard:** Pro Jahr fallen etwa 10 bis 15 Beschwerden mit Polizeibezug an. Bei insgesamt 4000 ist das sehr überschaubar. Die vorgetragenen Beschwerden sind von unterschiedlicher Substanz, mal begründet, mal nachvollziehbar und auch einmal weder begründet, noch nachvollziehbar. Ich gehe natürlich allen Beschwerden nach und erlebe dabei die Polizeipräsidien als sehr kooperativ. Meine Anliegen werden zeitnah und korrekt abgearbeitet. Ich habe übrigens den Ein-

druck, dass die polizeiliche Arbeit auch durch die Staatsanwaltschaft stark kontrolliert wird. Es ist möglicherweise nicht im Bewusstsein der Menschen, dass die Polizei zu meinem Tätigkeitsfeld gehört.

**DP:** Die Koalitionsvereinbarung lässt ja offen, ob es sich um eine Beschwerdestelle für die Bürgerinnen und Bürger oder auch für Polizistinnen und Polizisten handeln soll. Geregelt ist nur, dass sie beim Innenministerium angesiedelt sein soll. Brauchen wir Ihrer Meinung nach eine solche „Beschwerdestelle Polizei“?

**Burgard:** Sie ist in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen, es geht jetzt um die Ausgestaltung. Der Bürgerbeauftragte ist unabhängig und nicht weisungsgebunden. Ich habe das Recht auf unangekündigten Zutritt und Akteneinsicht. Das sind gute Voraussetzungen für eine „Beschwerdestelle Polizei“. Es geht übrigens gelegentlich auch um Anliegen von Polizeibeschäftigten.

**DP:** Der Bürgerbeauftragte ist eine Konkretisierung parlamentarischer Kontrolle. Könnten Sie sich vorstellen, dass Ihr Haus die Funktion der Beschwerdestelle Polizei mit übernimmt?

**Burgard:** Ja, zumal es eigentlich von meiner Aufgabenstruktur her bereits vorgesehen ist.

**DP:** Wie können die Bürgerinnen und Bürger Sie am besten erreichen?

**Burgard:** Ganz bequem über unsere Homepage mit Kontaktformular oder persönlich an einem der 32 Sprechtage im Land.

**DP:** Vielen Dank für das Gespräch.

### KOMMENTIERT:

Die GdP-Redakteure trafen auf einen offenen und angenehmen Gesprächspartner. Es wurde deutlich, dass Herr Burgard in seiner Funktion – ganz ähnlich der Polizeiarbeit – mit einer sehr breiten Palette von Lebenssachverhalten konfrontiert wird. Nichts Menschliches bleibt ihm fremd. Sein Amt bereitet ihm ganz offensichtlich berufliche Zufriedenheit. Er versteht sich als Mediator zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Institutionen. Wo er helfen kann, tut er es.

Steffi Loth

## KREISGRUPPE WW/RHEIN-LAHN IN BERLIN

# Stasi-Knast und Hofbräuhaus



**Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin ... hieß es für 45 Mitglieder der Kreisgruppe Westerwald/Rhein-Lahn.**

Die Reisegruppe im Bundestag. Vorne Mitte MdB Joachim Hörster; 3. v. r.: KG-Vorsitzender Gerhard Jung

Auf Einladung des CDU-Bundestagsabgeordneten Joachim Hörster besuchten Kreisgruppenmitglieder aus der Polizeidirektion Montabaur Ende März für vier Tage die Bundeshauptstadt. Neben dem persönlichen Gespräch mit Herrn Hörster und dem Besuch einer Plenarsit-

zung hatte die Kreisgruppe einen interessanten Mix aus Freizeitgestaltung und Wissenserweiterung für alle Geschmäcker im Angebot.

Nach einem holprigen Start, Busdefekt und 1,5-stündige Verspätung am frühen Morgen, nahmen die 25 Teilnehmer an einer Führung durch das Bundeskanzleramt teil. Abends traf sich die gesamte Gruppe zu einem Arbeitsgespräch im „Hofbräuhaus“ im Sony-Center. Trotz der folgerichtigen Müdigkeit war die Gruppe bei den politischen Terminen am Folgetag vollzählig.

Die dreistündige Stadtrundfahrt am Samstag wurde vom Berliner Kollegen „Paule“ betreut: Gekonnt, unterhaltsam und immer nahe an Polizeithemen. Der Besuch des „Stasi-Knasts“ in Hohenschönhausen und das Zusammentreffen mit Opferzeugen war für viele der emotionale Höhepunkt der Reise.

Gerhard Jung



# Der einsame Weg des Landes Rheinland-Pfalz

**Der Tarifvertrag für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundes und der Kommunen steht. Rückwirkend zum 1. März 2012 erhalten die Kolleginnen und Kollegen 6,3% mehr Lohn und Gehalt, bei einer Laufzeit von zwei Jahren. Auch wenn nicht alle gewerkschaftlichen Forderungen erfüllt wurden, so kann man doch von einem sehr respektablen Ergebnis sprechen. Noch am Tag der Tarifeinigung verkündete Finanzminister Schäuble öffentlich, dass er und Innenminister Friedrich beabsichtigen, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes zu übertragen.**



**Marco Christen**

Marco Christen ist Mitglied im GdP-Fachausschuss für Beamtenrecht und engagiert sich in der PD Mayen im Kreisgruppenvorstand und im Personalrat

## Besoldungsdiktat

Solch eine Aussage würden die Beamtinnen und Beamten des Landes Rheinland-Pfalz auch gerne hören. Nur noch einmal zur Erinnerung: Für das Jahr 2012 wurde eine lineare Erhöhung von 1,9% und zusätzlich ein Sockelbetrag von 17 Euro für die Tarifbeschäftigten der Länder vereinbart. Bekanntlich wurden die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz ab der Besoldungsgruppe A 9 mit 1% Gehaltsanpassung abgespeist und das soll bis zum Jahr 2016 so weitergehen. Das von der Landesregierung beschlossene Besoldungsdiktat soll ja für „Planungssicherheit“ bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen sorgen. Aber interessiert das die Energie- und Ölkon-

zerne? Nein, diese treiben die Benzin- und Strompreise weiter in die Höhe. 1,75 Euro für einen Liter Benzin sind mittlerweile Realität geworden, auch für Beamte des Landes Rheinland-Pfalz.

## Anerkennung und Teilhabe im Bund

Bundesfinanzminister Schäuble bilanziert die Kosten des Tarifergebnisses für den Bund auf rund 550 Mio. Euro. Eine hohe Summe. Umso anerkennenswerter ist es, dass Herr Schäuble die Arbeit seiner Beamtinnen und Beamten entsprechend anerkennt und sie an der allgemeinen Gehaltsentwicklung teilhaben lässt.

## Kürzungen in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz wird die gute Arbeit der Beamtinnen und Beamten ganz offensichtlich verkannt, zumindest wenn es um die Bezahlung geht. Neben der Verweigerung, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen, kam es zu gravierenden Kürzungen bei den Familienzuschlägen, der Beihilfe, der Besoldungsstruktur und der vermögenswirksamen Leistungen. Letztere werden nur noch übergangsweise bis zum 31. Dezember 2012 gewährt. Durch diesen Wegfall spart das Land ca. 3,5 Mio. Euro ein.

Die Minianpassung von 1% wird bei vielen Kolleginnen und Kollegen durch das Abschmelzen des Familienzuschlags deutlich reduziert. Da bleibt fast nichts mehr übrig.

Noch einmal: Der Bund investiert 550 Mio. Euro. In Rheinland-Pfalz stehen noch nicht einmal die 3,5 Mio. Euro der vermögenswirksamen Leistungen zur Verfügung.

## KURZ & KNACKIG

### ■ Gedenkstätte für im Dienst getötete Polizisten

Die GdP hatte in der Folge des 2010er Delegiertentages (Antrag der BG Bepo) die Errichtung einer Gedenkstätte für getötete Polizistinnen und Polizisten angeregt. Innenminister Roger Lewentz teilt jetzt auf GdP-Anfrage mit, dass eine eingesetzte Kommission Ende April ein Konzept vorlegen werde. Die Kommission habe den Fachverband renommierter und erfahrener Kunstsachverständiger einbezogen.

### ■ Kindereinträge im Reisepass der Eltern ungültig

Ab dem 26. Juni 2012 sind Kindereinträge im Reisepass der Eltern ungültig und berechtigten Kinder nicht mehr zum Grenzübertritt. Ab diesem Zeitpunkt müssen Kinder bereits ab der Geburt über ein eigenes Reisedokument verfügen, um ins Ausland – auch innerhalb der Europäischen Union – reisen zu können. Für Kinder sind somit Reisedokumenten wie Kinderreisepass, Reisepass und – je nach Reiseziel – auch Personalausweis vorgeschrieben. Es wird empfohlen, rechtzeitig vor der Urlaubsreisewelle im Sommer neue Reisedokumente für die Kinder zu beantragen.

## Fazit

Bei allem Verständnis für die Konsolidierung des Haushaltes, die Landesregierung sollte endlich einsehen, dass sie mit dem 1. Dienstrechtsänderungsgesetz zu weit gegangen ist. Wenn die hier beschlossenen Einschnitte nicht zurückgenommen werden, dann wird sich kaum noch geeigneter Nachwuchs für die Beamtenlaufbahn in Rheinland-Pfalz finden. Es bleibt schlussendlich die Hoffnung, dass ordentlich verhandelte Tarifiergebnisse die Basis für die Lohnentwicklung innerhalb der Beamtenschaft darstellen. Andernfalls wird Rheinland-Pfalz einen ganz einsamen Weg in einen zukunftslosen öffentlichen Dienst gehen.

*Marco Christen*



**BEZIRKSKONFERENZ BEREITSCHAFTSPOLIZEI**

# Geschlossene Einheiten für jedes PP wichtig

Bei der außerordentlichen Bezirkskonferenz der GdP-Bezirksgruppe BePo wählten die Delegierten den 49-jährigen Achim Recktenwald zum neuen Vorsitzenden.



V. l. n. r.: Ernst Scharbach, Peter Busch, Tobias Weber (neu im Amt des Schriftführers), Achim Recktenwald (neuer BG-Vorsitzender), Alfried Cuidon, Helmut Knerr

Foto: Weber/Westrich, GdP

**Tobias Weber wurde als neuer Schriftführer der BG gewählt. Diese Wahl wurde erforderlich, da Achim Recktenwald bisher Schriftführer der Bezirksgruppe war. Ansonsten bleibt der Bezirksgruppenvorstand im Amt.**

## Schifferstadt muss bleiben

Die Konferenz verabschiedete eine zehn Punkte umfassende Resolution einstimmig und fordert darin die Landesregierung auf, die Entscheidung zur Schließung der Polizeiliegenschaft in Schifferstadt zurückzunehmen!

**Achim Recktenwald** betonte dabei, Minister Lewentz die Entscheidung zur Aufgabe der Polizeiliegenschaft in Schifferstadt ohne hinreichende betriebswirtschaftliche Folgenabschätzung getroffen habe. Eine sicherheitspolitische Analyse mit Bewertung der möglichen Auswirkungen für das bevölkerungsreichste Gebiet in Rheinland-Pfalz liege dieser Entscheidung ebenfalls nicht zugrunde. Recktenwald: „Die Entscheidung zur Schließung der BePo Schifferstadt ‚optimiert‘ nicht die Innere Sicherheit. Sie ist nicht zukunftsorientiert.“

Klares Ziel der bisherigen polizeitaktischen Konzeption des ISIM sei gewesen, jedem Polizeipräsidium eine Einsatzhundertschaft zuzuordnen; verbunden mit den vielfachen Nutzungseffekten der jeweiligen BePo-Liegenschaft.

Die GdP-Bezirksgruppe BePo befürchtet, dass aufgrund rein haushaltstechnischer Gesichtspunkte zukünftig weitere BP-Standorte gefährdet sind.

Achim Recktenwald verlangt, dass derartig gravierende Maßnahmen mit dem gesamten Landeshaushalt ins Verhältnis gesetzt werden: „Wo soll das hinführen, wenn wir im ersten Jahr der Schuldenbremse schon solche Einschnitte in die bisherige Sicherheitskonzeption erleben?“

Dem GdP-Bezirksgruppenvorstand besonders wichtig sind die persönlichen und sozialen Auswirkungen für die derzeit zwölf Tarifbeschäftigten. Für die über 140 Polizistinnen und Polizisten, welche dann entweder nach Enkenbach-Alsenborn umgesetzt oder aber anderweitig bei der Polizei beschäftigt werden sollen, sind noch nicht absehbar.

Die Resolution wird allen Mitgliedern der Landesregierung und den Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags zugestellt. Reaktionen zu einem GdP-Brief an MP Kurt Beck wegen der „Schifferstadter Situation“ blieben bisher aus.

## Sinnvolles Sparen

GdP-Landesvorsitzender **Ernst Scharbach** skizzierte eindrucksvoll die GdP-Arbeit: „Die Auswirkungen der Schuldenbremse auf die Innere Sicherheit werden dramatisch, wenn nicht gegengesteuert wird.“ Scharbach fordert, dass die von der AG 6 des „Optimierungsprozesses“ erarbeiteten Fakten Grundlage politischer Entscheidungen werden. Bei den Einstellungszahlen müsse sofort nachgesteuert werden. Scharbach: „Passiert dies nicht, fährt die Politik den Karren voll an

die Wand.“ Die Präsenzdienstregelung zu den Pfortner- und Wachdiensten bei der Bereitschaftspolizei und die Schließung der Schifferstadter Liegenschaft beschrieb Scharbach als völlig falsche Signale. Sinnvolles Sparen sei angesagt, nicht aber kurzfristige Einsparungen ohne Folgenabschätzung.

Insgesamt müsse die Politik die Polizei in die Lage versetzen, die berechtigten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.

## Wertz: Umsetzung ab 1. August

**Klaus Wertz**, Leiter der Bereitschaftspolizei, gab den KonferenzteilnehmerInnen Informationen zur „Neuorganisation“ der Bereitschaftspolizei. Die AG 4 unter Leitung von Klaus Wertz untersuchte die LPS, die ZPT, die WSP und speziell die Bereitschaftspolizei und legte im letzten Jahr einen Bericht vor. Konkret wird es Veränderungen in den Stabsstrukturen aber auch in verschiedenen speziellen Orga-Bereichen der BP geben.

Nach der Anhörung des HPR Polizei wird der Umsetzungsprozess zur Strukturveränderung bei der BP starten. Geht es nach Klaus Wertz, soll grundsätzlich gelten: „Qualität vor Schnelligkeit“. Dennoch hat er sich als Termin für den Startschuss den 1. August 2012 vorgenommen. Wertz führte aus, welche Folgen die Schließung des Standortes Schifferstadt und die Einführung des Präsenzdienstes haben werden. Es geht derzeit darum, dass die weiteren Nutzer der BePo-Liegenschaften sich an deren Sicherung beteiligen. Eine bp-interne AG untersucht detailliert den Umzug der 13. BPH nach Enkenbach-Alsenborn und soll tragfähige Lösungsansätze vorbereiten.

Mit einem Rückblick auf das Einsatzgeschehen 2011 verdeutlichte Wertz die Belastungssituationen der Bereitschaftspolizei. Aus seiner Sicht haben die Diskussionen um die „Optimierung“ eines deutlich gemacht: „**Geschlossene Einheiten sind in der Polizeiarbeit durch ihre vielfältigen Unterstützungsleistungen unverzichtbar. Die Service- und Logistikbereiche der BePo runden diese Sache positiv ab. Mir ist um die BePo in Rheinland-Pfalz nicht bange.**“ **HK**





# Einstellungskontingente festgelegt

## LKA

Das Dezernat „Umweltschutz“ wird nun doch nicht mit der Wirtschaftskriminalität zusammengelegt. Stattdessen wird das Dezernat 51 „Grundsatzfragen/Datenverarbeitung“ in wenigen Jahren aufgelöst werden. Die Organisationsreform des LKA kann nunmehr starten.

## Einstellungen

Die Einstellungskontingente für die Präsidien wurden festgelegt.

Zum 1. Mai:

KO 53, MZ 21, RP 21, WP 42, TR 45.

Zum Oktober:

KO 51, MZ 40, RP 41, WP 18, TR 18.

Neu ist, dass dieses Mal keine Plätze mehr für Versetzungen aus dem Rhein-Graben nach Westen freigehalten wurden, da davon ausgegangen wird, dass bis Ende 2015 alle Versetzungsgesuche erfüllt sein werden!

## Bis 2015 alle versetzt

Ein großer Erfolg – und dem Jahre währenden Bemühen der GdP geschuldet, von der landesweiten Einstellung auf die Einstellung „für die Präsidien“ umzustellen. Wäre man dem Wunsch der GdP schon vor nunmehr 25 Jahren gefolgt, wäre manches Leid und manche Aufregung erspart geblieben. Es sei auch nochmals darauf hingewiesen, dass bei den Einstellungen für die Präsidien auch diejenigen enthalten sind, die in den Einrichtungen zu ersetzen sind, die im regionalen Bereich des jeweiligen Präsidiums liegen. Es handelt sich also nicht um Ersatz nur für diese Präsidien!

## Laserschießen

Das ISIM hat die Erprobung des Laserschießsystems der Fa. bke media in Auftrag gegeben, teilte Koll. Friedel Durben mit. Erste Erfahrungsberichte sollen im April 2012 vorliegen – danach wird die Beschaffung geprüft.

## 6% schwerbehindert

6% der Beschäftigten im Einzelplan 03 sind den schwer behinderten Menschen zuzurechnen. Eine Ausgleichsabgabe an das Integrationsamt ist damit nicht erforderlich.

## Neues Bekleidungsoll

Mitte April traf sich die AG Bekleidungsoll zum ersten Mal – von vielen bereits sehnsüchtig erwartet, knüpfen sich doch viele Erwartungen an Verbesserungen. Für den HPRP ist Koll. Helmut Knerr vertreten.

den an ca. 200 Kolleginnen und Kollegen gerichtet.

## Wirkt das FKT?

Die Universität Trier untersucht im Rahmen einer Diplomarbeit die Wirkung des Führungskräfte trainings. 20

**stark, sicher, kompetent!**



Gewerkschaft der Polizei

## Sprache am Arbeitsplatz

Die Humboldt-Universität Berlin führt eine „Studie zur sprachlichen Diskriminierung im Arbeitsleben“ durch, die zeitgleich in Schweden und Deutschland durchgeführt wird. Die Fragen wer-

Teilnehmer/-innen an den FKT (Führungskräfte trainings) und weitere 20 Führungskräfte, die nicht an einem FKT teilgenommen haben, werden an der Evaluation beteiligt werden.

*Margarethe Relet (Polizeibeschäftigte),  
Ernst Scharbach (Beamte)*

## DIGITALFUNK

# Abschalten was geht!



Derzeit sind viele Fahrzeuge analog und digital ausgestattet. Fahrzeug-Endgerät, Handfunkgerät strahlen in doppelter Ausführung um die Wette. Hinzu kommt das dienstliche Mobiltelefon und evtl. zwei bis vier private Handys.

Bei diesem Blick auf die dienstlichen Kommunikationsmittel in EINEM Funkwagen wird man schon nachdenklich.

**Eine Bitte,  
liebe Kolleginnen und  
Kollegen,  
schaltet alles ab, was gerade  
nicht gebraucht wird.**





## Beihilferecht Rheinland-Pfalz von A bis Z



von

**Andreas Schnitzler**  
Referent für Beihilferecht im  
Ministerium der Finanzen  
Rheinland-Pfalz



Herausgegeben vom



**PSW**  
Rheinland-Pfalz GmbH

Wer hat nicht schon leise vor sich hin gestöhnt, wenn es an das Ausfüllen der Beihilfeformulare ging?

Die Rechtsmaterie ist kompliziert genug – jetzt kommt praktische Hilfe!

Exklusiv und ganz speziell zugeschnitten auf die Vorschriften im Land hat unser PSW den Ratgeber „Beihilferecht Rheinland-Pfalz von A bis Z“ neu aufgelegt. Rechtsstand Januar 2012!

Mit 477 Seiten ein umfassendes Nachschlagewerk, das jeder Beihilferechtigte besitzen sollte!

Offizieller Verkaufspreis: **12,50 €**  
Für GdP-Mitglieder nur **10,- €**.

GdP-Bestellungen bitte über die Kreisgruppen!

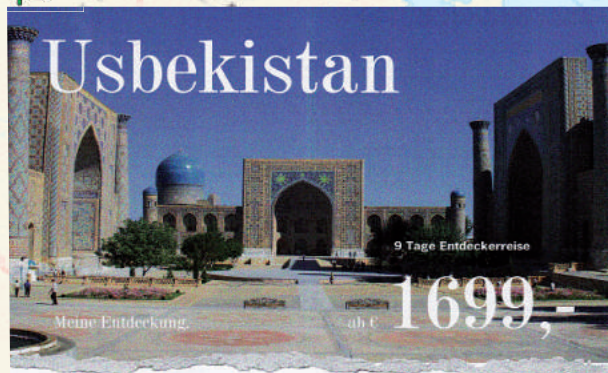


PSW Rheinland-Pfalz GmbH  
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15  
55129 Mainz  
Tel.: 06131 - 96009 31  
psw-rp@gdp-online.de



## GdP-Seniorenreise 2012

Usbekistan: Ein Land wie Samt und Seide



**Reiseverlauf:**

- |                                     |                                       |
|-------------------------------------|---------------------------------------|
| 1. Tag, Mi: Flug nach Usbekistan    | 5. Tag, So: Entdeckertag              |
| 2. Tag, Do: Willkommen in Taschkent | 6. Tag, Mo: Die Karawane zieht weiter |
| 3. Tag, Fr: Szenenwechsel           | 7. Tag, Di: Bilderbuchoase Buchara    |
| 4. Tag, Sa: Faszination Samarkand   | 8. Tag, Mi: Zurück in die Hauptstadt  |
|                                     | 9. Tag, Do: Rückflug                  |

- Im Reisepreis enthalten**
- Linienflug mit Turkish Airlines nach Taschkent und zurück in der Touristenklasse
  - Bahnfahrt in Usbekistan von Buchara nach Taschkent in der 1. Klasse
  - 8 Übernachtungen in guten landestypischen Mittelklassehotels
  - Unterbringung in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche und WC
  - Halbpension (7 x Frühstücksbuffet und 7 x Abendessen)
  - Transfers, Stadtrundfahrten und Rundreise in landesüblichen, klimatisierten Reisebussen
  - Deutsch sprechende Marco Polo-Reiseleitung in Usbekistan

- Reiseunterlagen mit einem Reiseleiter pro Buchung
- Versicherungsschein
- NEU: Klimaneutrale Bus- und Bahnfahrten durch CO2-Kompensation

**zusätzlich buchbare Extras**

- Ausflug 'Orient mit allen Sinnen' 20 €
- Visagebühren und -beantragung 99 €

Preis pro Person ab €  
9 Reisetage  
DZ EZ-Zuschlag  
**1699,- 200,-**

Termin  
**04.07.12 - 12.07.12**

Mindestteilnehmerzahl 17 Pers.  
Höchstteilnehmerzahl: 25 Pers.  
Anmeldeschluss: **04.05.2012**

**Weitere Infos bei**

- und außerdem inklusive**
- Rail&Fly inclusive' zum/vom deutschen Abflugsort in der 2. Klasse von jedem Bahnhof in Deutschland
  - Weinprobe in einer Kellerei
  - Keramikkurs in Samarkand mit Kachelouvenir
  - Eintrittsgelder (32 €)
  - Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (267 €)



Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!



**PSW-Reisen**  
DIE WELT EROBERN  
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15  
55129 Mainz  
Tel.: 06131 96009 23



www.psw-reisen.de  
psw-reisen-rp@gdp-online.de



# Wasserschutzpolizei direkt betroffen



Treffen in Mainz (v. l. n. r.): Reinhold Schmitt (SL), Jörg Bruchmüller (He), Ernst Scharbach, Roland Grenner, Helmut Knerr, Heinz Werner Gabler (RLP), Sandra Temmen (He), Rüdiger Seiden Spinner (BW), Wilfried Minning (RLP), Dieter Klippel (He)

## Die GdP begleitet die Polizei-Kooperation der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Saarland und Rheinland-Pfalz.

In Wiesbaden unterzeichneten die Innenminister der Länder, Reinhold Gall (BW), Boris Rhein (He), Stephan Toscani (SL) und Roger Lewentz (RLP), eine gemeinsame Vereinbarung für eine intensivere Zusammenarbeit. Sie soll die Bereiche:

- Wasserschutzpolizei,
- Polizeiflugdienste (nur He und RLP),
- Digitalfunk,
- Aus- und Fortbildung,
- Beschaffungen,
- Informationstechnik und
- Landespolizeiorchester (nur He und RLP).

umfassen. Zur Abstimmung gemeinsamer Positionen gegenüber den jeweils politisch Verantwortlichen trafen sich in Mainz

GdP-Funktionäre der betroffenen Länder.

Grundsätzlich begrüßt die GdP die Zielsetzung der Kooperation. Durch die Nutzung von Synergien im Personal- und Technikeinsatz sollen die polizeilichen Aufgaben wirtschaftlicher und effektiver erledigt werden. Der Teufel steckt wie zumeist im Detail.

Sehr handgreiflich sind die Befürchtungen bei der Wasserschutzpolizei: Viele fürchten, dass Stationen geschlossen oder reduziert werden könnten. Zudem sind viele rechtliche Fragen, z. B. Eingriffsbefugnisse und Haftungsfragen ungeklärt.

Die GdP-Vertreter stellten übereinstimmend fest, dass in vielen angesprochenen Feldern die Kooperation schon seit Jahren reibungslos und zu gegenseitigem Nutzen funktioniert. Herauszuheben sind gemeinsame Anstrengungen bei der EDV und der Aus- und Fortbildung. Zu den oben genannten Themen wurden

weitere Treffen von GdP-Experten vereinbart, die sich im Sinne der betroffenen Kolleginnen und Kollegen im Detail mit auftretenden Problemen beschäftigen werden. Wir werden uns nicht auseinanderdividieren lassen!

## WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

### 85 Jahre

Marianne Schlitzer, KG PD Kaiserslautern  
Lina Jung, KG PP/PD Koblenz

### 80 Jahre

Paul Leo Müller, KG Vorderpfalz  
Ewald Redmann, KG PP/PD Koblenz

### 75 Jahre

Karl Theis, KG PP/PD Koblenz

### 70 Jahre

Ludwig Seitz, KG PP/PD Koblenz  
Wolfgang Menzel, KG PD Trier  
Reinhold Dahm, KG PD Kaiserslautern  
Horst Steigerwald, KG PP/PD Mainz

## RÜCKSPIEGEL

### Gutes Praktikum

In DP 4/12, S. 3, hatten wir über angelegliche Probleme bei den Bachelor-Praktika berichtet. Wegen einiger Nachfragen halten wir fest: Aus Sicht der GdP ist die Verbindung von Theorie und Praxis in den Modulen des Bachelorstudiengangs ein gelungenes Herzstück der Ausbildungsreform! Sowohl von den Praktikanten (Zitat: „Jetzt weiß ich endlich, warum ich das lernen muss!“) als auch von den Praxisanleitern (Zitat: „So viele Kontrollen habe ich lange nicht mehr am Stück gemacht!“) kommen bei uns weit überwiegend positive Rückmeldungen an. Das Engagement der Praxisanleiter/-innen wird überdurchschnittlich gut bewertet. Probleme im Einzelfall gibt es natürlich auch ...

**Über Rückmeldungen unserer Leser/-innen würden wir uns sehr freuen.**

## WIR TRAUERN UM:

**Anna Helene Mangold, 89 Jahre**  
Ehefr. v. Kollege Kurt Mangold, KG PP Westpfalz

**Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.**

